

An illustration of several green Euro banknotes and gold coins scattered across the page. The banknotes are shown in various orientations, some partially overlapping. The coins are also scattered, with one prominent gold coin in the foreground.

Kritische ökonomische Bildung statt neoliberale Finanzerziehung!

Stellungnahme von Attac zur Finanzbildungsinitiative der Bundesministerien für Finanzen (BMF) sowie für Bildung und Forschung (BMBF)

Als Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger eine Initiative zur „Finanziellen Bildung“ ankündigten, die laut einem Eckpunkte-Papier die „Bereitschaft und Fähigkeit zur Partizipation am Finanzmarkt“ fördern und zugleich zur „Finanzmarktstabilität“ beitragen sollte, klingelten die Alarmglocken. Nun bestätigt die Studie „Finanzbildung als politisches Projekt“ von Professor Thomas Höhne, was zu befürchten war: Hier legen zwei FDP-Ministerien der Bundesregierung ein als Bildungsprojekt getarntes knallgelbes Kuckucksei ins Nest.

FDP-Propaganda mit Steuergeld finanziert

Mit diesem vermeintlichen Bildungsprojekt wird die FDP-Politik der Aktienrente und der Schuldenbremse ideologisch flankiert. Es ist aber nicht sinnvoll, die Alterssicherung über die Finanzmärkte zu finanzieren und sie damit dem Risiko einer Krise wie 2008 auszusetzen. Stattdessen muss das Umlagesystem durch die Einbeziehung aller Einkommen stabilisiert werden. Ebenso wenig ist es sinnvoll, auf der Schuldenbremse zu beharren und dafür Zukunftsinvestitionen und Projekte des sozialen Ausgleichs zu opfern. Das mag die FDP alles anders sehen, aber ihre politische Position regierungsseitig als „Bildung“ zu adeln, während andere Positionen unter den Tisch fallen – das geht gar nicht.

Bildung à la Bankenlobby

Zudem krepeln die beiden FDP-Ministerien mit ihrer Initiative den Bereich der ökonomischen und finanziellen Bildung um. Ökonomische Bildung im weiteren Sinne ist im Rahmen der Initiative offensichtlich gar nicht erwünscht. Im engeren Rahmen der finanziellen Bildung werden verdiente Institutionen wie die Verbraucher*innen- und Schuldner*innen-Beratung ausgebootet. Stattdessen rücken die FDP-Ministerien kommerzielle und lobbyistische Akteur*innen aus der neoliberalen Bubble ins Zentrum. Wenn Verena von Hugo, Vorständin der Flossbach-von-Storch-Stiftung und der Finfluencer Kamiar Bar Bar von der Teaching Finance GmbH zum Projektauftritt auf der Bühne mit der Ministerin und dem Minister plaudern, wird deutlich, wohin die Reise geht. Wir sind gespannt auf die Qualitätskriterien, nach denen das Material solcher Akteure künftig geprüft werden soll.

Neoliberales Erziehungsprojekt für „die da unten“

Schließlich erweist sich das Projekt als Erziehungsprogramm für Bürger*innen, die sich anders verhalten, als es den Liberalen lieb ist. Dass denjenigen, die ein paar Rücklagen haben, ihr „konservatives Sparverhalten“ ausgetrieben werden soll, um den Finanzmärkten Kapital zuzuführen, ist das eine. Geradezu zynisch ist es aber, wenn die prekäre Lage „vulnerabler Gruppen“ auf ihr mangelndes Wissen über Investmentchancen statt auf strukturelle Ursachen zurückgeführt wird. Letztere haben zwar auch viel mit Bildung zu tun, allerdings nicht mit der mangelnden Kenntnis über ETFs, sondern mit dem hochgradig selektiven deutschen Bildungssystem. Diese jahrelange Mahnung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in den PISA-Studien greift die FDP aber nicht so gerne auf wie das Eintreten der OECD für finanzielle Bildung.

Denn die finanzielle Bildung à la FDP zielt darauf ab, lauter hochmotivierte Marktteilnehmer*innen nach dem Modell des Homo oeconomicus heranzubilden, die täglich ihre Investmentchancen nutzen und so das Paradies auf Erden schaffen. Fragt sich nur, wer dann eigentlich die ganzen schlecht bezahlten Jobs und die oft gar nicht bezahlte Care-Arbeit übernimmt, die heute meist den „vulnerablen Gruppen“ aufgebürdet werden. Und noch ein kleiner Tipp, liebe FDP: In die Altersarmut rutschen diese Gruppen, weil sie so mies für ihre Arbeit bezahlt werden und ihre Beitragszahlungen entsprechend gering sind, nicht, weil sie nicht wissen, wie sie Geld investieren sollen, das sie gar nicht haben.

Attac fordert: Plurale ökonomische Bildung finanzieren!

Kurzum: Die Kosten für dieses Projekt – rund zehn Millionen Euro allein im *Haushaltsjahr 2024* – hätte die FDP gut einsparen können, zumal sie doch sonst dauernd darauf besteht, dass die Regierung mit angezogener Ausgabenbremse fährt. Noch sinnvoller wäre es aber, dieses Geld dauerhaft für echte ökonomische Bildungsprojekte zur Verfügung zu stellen. Denn wir brauchen eine Bildung, die Menschen dazu befähigt, ökonomische Prozesse zu durchschauen und sich an ihrer demokratischen Gestaltung zu beteiligen.

Wir fordern, diese Mittel analog zum „Kinder- und Jugendplan“ oder dem Programm „Demokratie Leben“ für Bildungsprojekte auszuschreiben. Über die Vergabe darf dabei nicht von einem handverlesenen Grüppchen im Hinterzimmer eines Ministeriums entschieden werden. Vielmehr muss ein plural zusammengesetztes Gremium aus Fachwissenschaftler*innen und Didaktiker*innen aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie aus zivilgesellschaftlichen Bildungsträgern unter fachlichen Gesichtspunkten darüber entscheiden.



Alternative Bildungsplattform von Attac

Als Alternative zur FDP-nahen Regierungsplattform „Mit Geld und Verstand“ hat Attac Deutschland die Plattform „Geld mit Verstand“ (www.geldmitverstand.de) geschaffen. Darauf sind Materialien für eine kritische ökonomische Bildung zu finden. Wir brauchen dafür sicher keine zehn Millionen Euro, aber auch unsere Arbeit fürs Gemeinwohl muss – seit zehn Jahren ohne anerkannte Gemeinnützigkeit – finanziert werden. Wir freuen uns daher sehr über Mitgliedschaften und Spenden!



www.geldmitverstand.de